

## 3 X GAST IN SÜDAMERIKA

5 Im Unterschied zu gewöhnlichen Touristen, die ferne Länder als Kontrast zum Alltag konsumieren, reisen Polittouristen, um mit lauter Bestätigungen ihrer Überzeugungen im Gepäck zurückzukehren. Das Flugticket zählt hier zu den Spesen in Sachen Glaubwürdigkeit durch persönliche Erfahrungen.

### ***Eine Dienstreise***

10 Sie führte den Generalsekretär der CDU nach Argentinien, Bolivien und Chile. In Buenos Aires machte er der neuen demokratisch gewählten Regierung seine Aufwartung und versicherte ihr, daß der Standpunkt Alfonsins zu den Menschenrechtsverletzungen seiner uniformierten Vorgänger  
15 jetzt auch das Herzensanliegen der Bonner Christdemokraten sei. Dies kein Positionswechsel, sondern konsequente Standfestigkeit einer Politik, die die "traditionell guten Beziehungen zu Argentinien" pflegen will. So zeigte man damals viel "Verständnis" für den "schmutzigen Krieg" der Generäle, der ja nach christlicher Überzeugung nicht die Falschen traf, und heute kann man sich besten Gewissens mit der Alfonsinschen Vergangenheitsbewältigung solidarisieren, die untersuchen will, wo die Opposition nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln ausgeschaltet worden ist.

20 In Chile inspizierte Geißler keineswegs die "Fünfte Kolonne" der CDU in Santiago. Vielmehr macht er bei den chilenischen Christdemokraten der kommenden Machthabergarnitur seine Aufwartung, auf die der Imperialismus setzt, weil er *mittlerweile* mit dem General Pinochet nicht mehr so zufrieden ist wie ehemals. Als die chilenischen Gorillas mit der Volksfrontregierung Salvador Allendes Schluß machten und mit fast schon deutscher Gründlichkeit mit allem aufräumten, was auch nur entfernt nach Widerstand gegen die Position aussah, die der  
25 Imperialismus Chile als seiner strategischen Kupferreserve zugewiesen hat - damals hatten Bonner Christdemokraten ebenfalls viel Verständnis für die "unvermeidlichen Härten", die bei der "Rettung Chiles" vorm "totalitären Marxismus" vorgefallen sein sollen. Der Putsch Pinochets war so etwas Ähnliches wie die freiheitliche Korrektur der Wahlschlappe, die die christliche Schwesterpartei gegen die Unidad Popular hinnehmen mußte.

30 Und solange der General die Lage in Chile für "uns" im Griff hatte, gaben sich Christenpolitiker aus Bonn im Präsidentenpalast die Klinke in die Hand. Jetzt verkündet Geißler auf dem Kongreß der größten chilenischen Oppositionspartei, daß "das Militärregime abgewirtschaftet" habe. Dabei plagen ihn natürlich weder die Sorge um die *chilenische Wirtschaft* - zu der gehören  
35 Auslandsschulden, Inflation und Massenelend -, noch irgendwelche Befürchtungen hinsichtlich des Segens eben dieser Wirtschaft fürs Kapital der BRD. Pinochet hat abgewirtschaftet, weil sogar feste Freunde des Westens im Lande, also auch relevante Gruppen der ehemaligen Opposition gegen Allende inzwischen die Frage der Nachfolge Pinochets aufwerfen. Deshalb entdeckt ein CDU-Generalsekretär anlässlich der vorübergehenden Verhaftung eines christlichen  
40 Oppositionspolitikers, daß *Unrecht* in Chile herrsche, während ihm der Mord an Tausenden von Linken stillschweigend durchaus recht war.

Daß Mord und Folter in diesen südlichen Breiten für Geißler sehr wohl ein passendes Rezept zur  
“Verteidigung von Freiheit und Stabilität” sind, wenn von der richtigen = eigenen Seite und damit  
*legitim* eingesetzt, beweisen seine “Solidarität” mit dem “Demokratisierungsprozeß” in El  
Salvador und die besondere Förderung, die die CDU dabei dem lokalen Christdemokraten  
5 Napoleon Duarte zukommen läßt. Auch und gerade darin hat ihn seine Reise nach Südamerika  
“aus persönlicher Erfahrung bestärkt”.

### **Eine Urlaubsreise**

10 hat Franz Joseph Strauß zu Weihnachten in der Karibik absolviert, samt einem Abstecher nach  
Grenada. Nach einem “Rundflug über die Insel und einem Gespräch mit dem Chef der  
“Interimsregierung” hat der deutsche “Reservekanzler”

“nicht mehr den geringsten Zweifel, daß die Amerikaner richtig gehandelt haben.”  
(Süddeutsche Zeitung)

15 Den hat er vorher auch nicht gehabt. Aber als “authentischer Beweis”, daß er mit seiner Analyse  
der Weltpolitik richtig liegt, taugt die Feststellung allemal. So konnte Strauß seine frühere  
Warnung, europäische Gelder für den Bau eines Urlauberflugplatzes den cubanischen  
Kommunisten nachzuwerfen, voll bestätigt sehen. Jetzt, wo er als Urlauber auf dem von den USA  
mit ihren Baubrigaden in Betrieb genommenen Flugplatz in Frieden landen konnte, sollten  
Kredite fließen und

20 “die Bundesregierung und die EG den Beginn eines demokratischen Prozesses auf  
Grenada unterstützen, damit die Radikalen nicht an Boden gewinnen.”

Noch Radikale auf Grenada? Wo die 600 Cubaner wieder daheim sind? Und die Bevölkerung die  
Amerikaner so freundlich begrüßt haben soll? Aber schließlich haben die USA auf Grenada gegen  
“eine der größten Armeen der Welt” (Süddeutsche Zeitung) gesiegt, im Verhältnis zur  
25 Bevölkerungszahl. Und die USA müssen immer noch eine Einheit für “psychologische  
Operationen” unterhalten, “die Grenader ohne Haftbefehl oder stichhaltige Verdachtsmomente  
durchsucht, festnimmt, in Haft hält und verhört”. Auf die Überzeugungskraft von ein paar  
Millionen Entwicklungshilfe für das bisher so geknechtete und ausgebeutete Völkchen der Insel  
war dieser Aufruf zum demokratischen europäischen Engagement allerdings nicht berechnet.

30 Erstens kommt es auf die paar Grenader überhaupt nicht an, und zweitens geht es um mehr als  
bloß die Karibik und um mehr als Kredit und Geschäft - nämlich ums imperialistische “Profil” der  
BRD.

35 “Natürlich könnten sich die Franzosen und Engländer mehr erlauben als die Deutschen,  
,weil sie mehr Rabatt haben‘. Aber ,mehr Profil der deutschen Politik‘, so ist sich Strauß  
sicher, ist in Washington gefragt. ,Aber wenn Profillosigkeit die Maxime ist...‘, fügte er  
hinzu, den Satz unvollendet lassend.” (Frankfurter Rundschau)

Wenn schon die NATO-Führungsmacht höchstpersönlich von uns Profil verlangt, dürfen deutsche  
Politiker sich der neuen historischen Rolle der BRD in und außerhalb Europas doch nicht  
entziehen! So kann man eigene Machtansprüche auch ausdrücken: *Das Bündnis will e s s o.*

## ***Eine Good-Will-Tour***

5 “Solidarität mit dem Volk von Nicaragua” üben seit Weihnachten 160 bundesdeutsche Gegner der  
Reaganschen Mittelamerikapolitik *praktisch*, indem sie sich als Hilfsmannschaft für den Einsatz  
bei der Kaffee-Ernte zur Verfügung stellen. Selbstverständlich geht es dabei nicht um ein paar  
Säcke Kaffeebohnen, sondern um das *symbolische* Gewicht ihres Einsatzes: Sie hoffen, daß solche  
10 “Arbeitsbrigaden” aus westlichen Ländern “ein politisches Klima schaffen können, welches eine  
Intervention der Vereinigten Staaten in Nicaragua unmöglich macht”. Leider ein absurdes Ziel, an  
das da erwachsene Bundesbürger ihre Einsatzbereitschaft verschleudern. Ihre Entscheidung über  
Kriegsaktionen fällt die US-Regierung doch nie und nimmer nach Trends der öffentlichen  
Stimmung - dazu kann sie sich umgekehrt viel zu sehr darauf verlassen, daß Stimmung und freie  
Meinung des Volkes ihren Beschlüssen und Taten *folgen*. Und schon gleich nicht nach kritischen  
Bedenken in der öffentlichen Meinung der westeuropäischen Bündnispartner - eher beziehen die  
Schelte für “Antiamerikanismus”, wenn sie Einwände gegen die US-Politik hochkommen lassen.  
15 Demokratische Illusionen, multipliziert mit dem kritischen Nationalismus des kleineren  
“Partners”: Andere Beweggründe sind nicht auszumachen in dem weihnachtlichen Reiseunter-  
nehmen der Nicaragua-Freunde. Die demokratischen Illusionen schließen im übrigen eine  
Berechnung ein, die den “Brigadisten” womöglich viel zu selbstverständlich ist, als daß sie sie  
extra angestellt hätten. Sie sind sich ja sehr sicher, daß das “politische Klima”, dem sie so  
20 betörende Wirkung auf Kriegsherren zutrauen, auf drangsalierte und umgebrachte Einheimische  
weit weniger empfindlich reagiert als auf Symboltaten echter bundesdeutscher Westbürger, gar  
noch solcher aus den Reihen der politischen Prominenz. Es ist der *politische Rassismus* der  
demokratischen Öffentlichkeit, auf den die 160 Verreisten so unbefangen spekulieren, als ob sie  
ihn ganz unbefangen teilten.

25 Und noch etwas ist mit dem demokratischen Idealismus dieser Truppe untrennbar verbunden: der  
Anspruch zu überprüfen, ob Nicaragua sich ihr Wohlwollen und ihren Einsatz auch wirklich ver-  
dient hat. Die “Kritik” an den USA ergeht ja vom Standpunkt der demokratischen Moral, will  
nämlich der Reagan-Regierung nicht ihre Taten und Vorhaben, sondern ihr öffentliches gutes  
Gewissen streitig machen. Da muß der “Kritiker” dann natürlich auch beweisen, daß seine  
30 Parteinahme für die sandinistische Regierung denselben Maßstäben genügt, quasi streng  
überparteilich verfährt. Zielstrebig verfällt da einer der prominenten Arbeitsbrigadisten, nicht  
zufällig der Tübinger Theologieprofessor Greinacher, auf den zutiefst ausgewogenen Vorwurf an  
die Sandinisten, sie hätten in ihrer Verfassung das demokratische Recht auf Wehrdienstverwei-  
gerung vernachlässigt - ein unmöglicher “Verstoß gegen die Menschenrechte” in einem Land, das  
35 von den USA und deren Söldnern immer tiefer in einen schmutzigen Krieg hineingezogen wird!

Die Regierung in Managua scheint von ihrem West-Besuch nur mittelmäßig begeistert zu sein. Sie  
hat ihre einsatzfreudigen Helfer eine Erklärung unterschreiben lassen, die jedenfalls ein bißchen  
mehr Einsicht in die Prinzipien des demokratisch erzeugten “politischen Klimas” verraten, als ihre  
selbsternannten Public-Relations-Leute aus der Bundesrepublik besitzen.

“Ich werde weder” das nicaraguanische Volk oder die Regierung noch eine andere nicaraguanische Organisation oder die Organisatoren in der BRD moralisch oder rechtlich für Schwierigkeiten verantwortlich machen, die durch die Teilnahme an den Brigaden entstehen könnten.”

5           Offenbar wissen die Sandinisten, wie schnell idealistische Liebeserklärungen vom Standpunkt des moralischen Schiedsrichters aus in genauso idealistische Verurteilungen umschlagen. Und erst recht sind sich die Commandantes in Managua darüber im klaren, wie der Zusammenhang zwischen Moral und Gewalt beim demokratischen Imperialismus wirklich funktioniert - auch wenn das durch eine Unterschrift schon gleich nicht  
10           aufzuhalten ist.

“Außerdem erkläre ich, daß keine Regierung das Recht hat, Nicaragua unter dem Vorwand meines persönlichen Schutzes anzugreifen.”

15           Hätten sie ihr Engagement wenigstens einmal unter dem Gesichtspunkt *wirksamer* Hilfe eingesetzt, so wären die DM 2000.- fürs Flugticket als Überweisung nach Managua besser angelegt gewesen.

Hinweis:

Was In Nicaragua wirklich los ist, steht in MSZ Nr. 3/1983 (“Ein Exempel wird statuiert und exekutiert.”)